Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486 — Stadtgirokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Eingesandt 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Staatsschuldenverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufslisten der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 123 | Dresden, Mittwoch, 28. Mai | 1930

Zum Grenzzwischenfall von Neuhöfen.

Berlin, 28. Mai.

Der polnische Gesandte hat beim Auswärtigen Amt wegen der Vorgänge, die sich anläßlich des Grenzzwischenfalles bei Neuhöfen abgespielt haben, Vorstellungen erhoben. Er hat den Tatbestand entsprechend dem polnischen Kommuniqué vom 26. Mai geschildert, wonach es sich um einen Übergriff deutscher Amtspersonen gehandelt haben soll. Im Auftrage seiner Regierung hat er gegen die Vorgänge protestiert und gleichzeitig die Einsetzung einer deutsch-polnischen Kommission angeregt, die durch gemeinsame Feststellungen an Ort und Stelle den Sachverhalt aufklären soll.

Dem polnischen Gesandten ist erwidert worden, daß sein Protest zurückgewiesen werden müsse. Der polnische Schritt sei schon in sich widerspruchsvoll, da er einerseits die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Aufklärung des Tatbestandes anrege, andererseits aber ein für Polen günstiges Ergebnis der Feststellungen der Kommission dadurch bereits vorwegnehme, daß gegen ein angebliches Verschulden deutscher Beamter protestiert werde. Außerdem handle es sich aber nach dem bisherigen Ergebnis der von den zuständigen deutschen Stellen eingeleiteten Untersuchung nicht um einen Übergriff deutscher Beamter, sondern um eine polnische Grenzverletzung und um Gewalthandlungen, die von polnischen Beamten auf deutschem Territorium begangen worden seien. Im übrigen halte es die deutsche Regierung auch von sich aus für angebracht, den Sachverhalt durch eine gemeinsame Nachprüfung aufzuklären, und diese Aufgabe einer gemischten deutsch-polnischen Kommission zu übertragen.

Der deutsche Gesandte in Warschau ist beauftragt worden, den deutschen Standpunkt in vorstehendem Sinne bei der polnischen Regierung zur Geltung zu bringen.

Die polnische Regierung hat zu ihren Vertretern in der Sonderkommission, der die Untersuchung des Grenzzwischenfalls übertragen werden soll, den Warschauer Untersuchungsrichter für besondere Angelegenheiten, Luzemburg, und den Landeshauptmann des Kreises Mewe, Weiß, ernannt.

Die Entscheidung der Botschafterkonferenz über die Flugzeughallen.

Berlin, 28. Mai.

Seitens der Botschafterkonferenz ist die Entscheidung über die Zerstörung der Flugzeughallen im Rheinland dahin gefallen, daß die Zerstörung durchgeführt werden soll. In Berliner politischen Kreisen bezeichnet man die Angst, die man in Frankreich vor dem Zeppelin hegt, als beinahe lächerlich. Zwei Hallen in Neustadt sollen unzerstört bleiben. Es handelt sich um Hallen, die während der Besetzungszeit neu errichtet worden sind, nachdem sie vorher abgebrannt waren. Sie dürfen nur zu wirtschaftlichen Zwecken verwendet werden und können nicht als Luftschiffhallen Verwendung finden. Die Entscheidung der Botschafterkonferenz wird allgemein aufs tiefste bedauert.

Strafe für Bekämpfung von Religionsgemeinschaften.

Berlin, 28. Mai.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags begann gestern die Beratung des zehnten Abschnittes des Strafgesetzbuchentwurfs, der die Störung des religiösen Friedens und der Totenruhe sowie die Beschimpfung von Religionsgesellschaften betrifft. Angenommen wurde folgender Antrag Dingeldey (D. Vp.) mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten gegen die Stimmen des Zentrums, der Deutschnationalen und der Kommunisten: „Wer öffentlich eine im Reiche bestehende Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts in gemeiner Weise beschimpft, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“ Auf Antrag des Abgeordneten Rosenfeld (Soz.) wurde mit fünfzehn gegen dreizehn Stimmen folgender Zusatz beschlossen: „Die Tat wird nur auf Verlangen der beteiligten Religionsgesellschaft verfolgt.“

Die Räumung des Rheinlandes.

Mainz, 28. Mai.

Der in den Jahren 1921 bis 1923 auf Anforderung der französischen Besatzungstruppen mit einem Kostenaufwand von 11 Mill. RM. errichtete 3000 Hektar betragende Divisionsübungsplatz Ludwigswinkel ist von der Besatzung geräumt und bis auf das eigentliche Übungsgelände und die Schießstandkanlagen freigegeben worden. Ferner ist von der Besatzung noch freigegeben worden das Barackenlager Griesheim bei Darmstadt mit Ausnahme der drei Flugzeughallen, die bekanntlich versteigert worden sind, und abgerissen werden sollen, die Kugelfänge und das Schießplatzgelände.

Der Rest der französischen Garnison in Germersheim hat, nachdem bereits in der Nacht zum Montag ein großer Teil der Besatzung abgerückt war, in der vergangenen Nacht in Stärke von 17 Offizieren und 511 Mann die Stadt verlassen. Die Truppen sind nach der neuen Garnison Besançon transportiert worden. Ein Übergabekommando von 50 Mann bleibt bis Ende Mai hier zurück. Die letzten Franzosen (Gendarmerie usw.) werden bis spätestens Mitte Juni die Stadt verlassen haben. Das französische Garnisonlazarett ist bereits am 24. Mai geschlossen worden. Die Kasernen und Privatwohnungen wurden der Reichsvermögensverwaltung zurückgegeben.

Die Räumung von Trier hat begonnen. Der erste französische Truppentransportzug mit Teilen des 41. französischen Feldartillerieregiments ist gestern hier abgegangen. Der Rest des Regiments wird heute abtransportiert werden.

Die Stadt Ludwigshafen ist gestern abend von dem Hauptteil der französischen Besatzungstruppen geräumt worden. Um 5 Uhr nachmittags wurden die letzten Wachtposten auf der Rheinbrücke eingezogen. Gegen ½8 Uhr abends wurde die Trikolore auf dem Brückenhaus am Rheinbrückenzugang in Ludwigshafen unter den Klängen der Marseillaise eingeholt, während eine Militärabteilung salutierte. Um ¾8 Uhr marschierte die Besatzung nach dem Bahnhof, wo der Transport um 9.20 Uhr nach Frankreich abging. In der Stadt blieb ein Abwicklungskommando von 200 Mann zurück, das am 30. Juni abrücken wird. Obwohl sich die Nachricht von dem Abmarsch des Hauptteiles der Besatzung im Laufe des Nachmittags mit Windeseile durch die Stadt verbreitet hatte und von allen mit großer Freude aufgenommen worden war, hatten sich nur wenige Zuschauer am Brückenkopf beim Einholen der Flagge und am Bahnhof bei der Abfahrt der Truppen eingefunden.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Reichstag.

174. Sitzung am 27. Mai.

Auf der Tagesordnung der Dienstagsitzung des Reichstags stand die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Ausschuß ersucht in einer Entschließung die Regierung, dem Reichstag in einer Denkschrift vollen Einblick in die Vorgänge beim Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsaktiengesellschaft zu geben und ferner mitzuteilen, welche Vorkehrungen getroffen sind, um die Wiederkehr solcher Vorkommnisse zu verhüten.

Eine weitere Ausschußentschließung fordert eine stärkere Beteiligung von Arbeitnehmervertretungen im Vorstand und in den Ausschüssen des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit sowie die Umwandlung des Reichskuratoriums in ein Aufsichtsorgan etwa im Sinne der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Staatssekretär **Trendelenburg**: Zu dem Gesamtproblem des Kartellwesens jetzt Stellung zu nehmen, sei nicht zweckmäßig, da der Enquete-Ausschuß seine Arbeiten noch nicht abgeschlossen habe. Voraussichtlich noch in diesem Sommer werde aber das Gutachten vorliegen, und dann sei die Zeit gekommen, zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Um die bei dem Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen hervorgetretenen Mängel für die Zukunft nach Möglichkeit auszuschließen, werde den gesetzgebenden Körperschaften in kürzester Zeit ein Gesetzentwurf zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes zugeleitet werden. Das Kernstück des neuen Gesetzes bestehe darin, daß den Versicherungsunternehmungen die Pflicht auferlegt wird, ihren Rechnungsabschluß alljährlich durch unabhängige Revisionsgesellschaften prüfen zu lassen. Zu der Kritik an der Ausdehnung des Statistischen Reichsamtes erklärt der Staatssekretär, daß nach Abschluß der Reparationsfrage und der Arbeiten des Enquete-Ausschusses der Zeitpunkt gekommen sei, um durch einen Sachverständigenausschuß den gesamten statistischen Dienst einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen.

Abg. **Tarnow** (Soz.) bezeichnet es als unmöglich, angesichts der großen Arbeitslosigkeit die Wirtschaftspolitik den Interessen der Landwirtschaft unterzuordnen. In der Frage des Zollabbaues sollte Deutschland vorangehen. Der Reichswirtschaftsminister habe im Ausschuß die Absicht angedeutet, die Grundlinien unserer Handelspolitik umzubiegen im Sinne des Protektionismus. Eine solche Politik würde die Lebensinteressen des deutschen Volkes gefährden. Die Größe der Arbeitslosigkeit ist kein Beweis für die Lebensunfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Eine Hauptursache der großen Arbeitslosigkeit ist die überstürzte und übertriebene Rationalisierung der deutschen Wirtschaft. Nach den Ermittlungen des Instituts für Wirtschaftsforschung hat die Rationalisierung zwei Millionen Arbeitskräfte frei gemacht. Beim Beginn der Rationalisierung hatten wir aber schon eine Million Arbeitslose. Die Konsequenz dieser Entwicklung müßte eine Verkürzung der Arbeitszeit sein. Wir können mit dem Siebenstundentag oder mit der Fünftagewoche jetzt schon nach der Rationalisierung denselben wirtschaftlichen Nutzeffekt erreichen, wie bisher beim Achtstundentag. Praktisch wird dieses Ziel freilich nur zu erreichen sein durch den Machtkampf der Gewerkschaften. Notwendig wäre jetzt eine Rationalisierung des Kapitalmarktes. Ein Fehler war die Strangulierung der Kommunen hinsichtlich der Auslandskredite. Darum liegt der Baumarkt still. Die deutsche Industrie hat in der letzten Zeit ihre Ausfuhr stärker steigern können als irgendein anderes Land. Daraus ergibt sich schon, daß das Lohnniveau nicht zu hoch ist. Die Bestrebungen auf Lohnabbau verdienen deshalb die schärfste Zurückweisung. Die Macht der Kartelle muß im Interesse der Allgemeinheit durch staatliche Kontrolle eingeschränkt werden. Die historische Bedeutung des kapitalistischen Systems ist jetzt am Ende.

Abg. Dr. **Reichert** (Dnat.) betont, daß Deutschland auf Selbsthilfe angewiesen sei und in erster Linie seine Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik grundsätzlich ändern müsse. Auf breitester Grundlage müsse die Stärkung des inneren Marktes und die Förderung der Ausfuhr betrieben werden. Deutschland, England und Amerika, die Länder der höchsten Löhne, hätten zugleich die größte Arbeitslosigkeit. Gegenüber der sozialistischen Forderung des politischen Lohnes habe man in christlichen Gewerkschaftskreisen schon längst die Notwendigkeit einer organischen Wirtschaftsauffassung und der Reallohnpolitik erkannt. Die Genfer Abmachungen über den Zollfrieden lehnt der Redner ab; auch dem Paneuropa-Plan Briands müsse man mit Mißtrauen begegnen; er atme den Geist von Versailles.

Abg. Dr. **Dessauer** (Z.) erinnert daran, daß die Haushaltberatung im vorigen Jahre im Schatten der Verhandlungen über den Neuen Plan stattgefunden habe. In diesem Jahre stehe sie unter dem Druck einer großen Weltkrise. Der gewaltigen Überschußproduktion von Agrarprodukten und mit gesteigertem rationalisierten Apparat erzeugten Industrieprodukten stehe auf der Verbraucherseite keine genügende Aufnahmefähigkeit gegenüber. Die Preissenkung bleibe in der Spanne zwischen Verbraucher und Produzent stecken. Wenn sie sich voll auf die Kleinhandelspreise auswirke, würde das Nominaleinkommen eine um etwa 20 Prozent gesteigerte Kaufkraft haben.

Die Beratung wird hierauf unterbrochen, um die zurückgestellten Abstimmungen zum Postetat zu erledigen. Das Ergebnis ist die Annahme des Haushalts des Reichspostministeriums nach den Vorschlägen des Ausschusses.

Die Anträge der Kommunisten auf Senkung der Rundfunkgebühren und der Fernsprechgebühren für Wenigsprecher werden abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die Weltpostvereins-Verträge wird in allen drei Lesungen angenommen.

In der Fortsetzung der Beratung des Wirtschaftsetats führt

Abg. **Ewert** (Komm.) aus, die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise sei der Beweis für den Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das nun durch die kommunistisch-sozialistische Gesellschaftsordnung abgelöst werden müsse.

Abg. **Reinath** (D. Vp.) wendet sich gegen die Ausschußentschließung, die eine Umgestaltung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit fordert. Es wäre zu bedauern, wenn infolge der Umgestaltung dem Kuratorium die wertvolle und unentgeltliche Mitarbeit hervorragender Wirtschaftsführer verlorenginge. Zur Wiederbelebung der Wirtschaft sei eine wesentliche Herabsetzung der Zinssätze notwendig, auch bei den kurzfristigen Krediten. Die Krise der deutschen Wirtschaft sei nicht bloß auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen, sondern vor allem auf die innerdeutschen Verhältnisse, in erster Linie darauf, daß die deutsche Sozialpolitik der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft vorausgeeilt sei.

Um ½8 Uhr abends wird die Weiterberatung auf Mittwoch 10 Uhr vertagt.

Die Länderkonferenz wegen Thüringen.

Dr. Frick fährt nicht nach Berlin.

Weimar, 28. Mai.

An der vom Reichsinnenminister für Mittwoch zusammenberufenen Konferenz der Innenminister der Länder wird Dr. Frick, der thüringische Innenminister, nicht teilnehmen. Es fahren nach Berlin Staatsminister Baum, Ministerialrat Dr. Thiemer und Ministerialrat Gutzet, der Leiter der thüringischen Landespolizei.

Wie der Amtl. Preuß. Pressedienst mitteilt, wird die preußische Staatsregierung auf der heute zusammentretenden Länderkonferenz durch den Minister des Innern Prof. Dr. Waentig vertreten sein, der in Begleitung von Staatssekretär Dr. Abegg an den Verhandlungen der Länderkonferenz teilnimmt.

Universität Jena protestiert gegen die Berufung Dr. Günthers.

Weimar, 28. Mai.

Wie der Rektor der Universität Jena mitteilt, haben Rektor und Senat gegen die Berufung des Schriftstellers Dr. Hans Günther zum ordentlichen Professor durch das Volksbildungsministerium einstimmig Protest eingelegt, da das in der Universitätssatzung verbriefte alte Recht der Universität, bei der Berufung auf die Lehrstühle durch ihre Vorschläge sachkundig mitzuwirken, im vorliegenden Falle durchbrochen worden ist.

Kabinettsbesprechung über die Deckungsfrage.

Berlin, 28. Mai.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers beschäftigte sich gestern das Reichskabinett mit der durch die nur langsam zurückgehende Arbeitslosigkeit und konjunkturellen Ausfälle an Einnahmen des Reiches geschaffenen Lage. Der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister legten die verschiedenen Möglichkeiten für den einstimmig als notwendig anerkannten sofortigen Ausgleich der Fehlbeträge dar. Das Reichskabinett beschloß, die Entscheidung über die Art der Deckung mit der Beschlußfassung über das Ausgabensenkungsgesetz zu verbinden. Diese Kabinettsentscheidung wird Anfang nächster Woche fallen.

Wie wir noch erfahren, bewegte sich die gestrige Kabinettssitzung im wesentlichen nur in einer allgemeinen Aussprache über die Notwendigkeit, das Gleichgewicht des Haushaltes wieder herzustellen. Die Minister trugen ihre Auffassungen vor, die sich mit dem decken, was sie zum Teil schon in ihren letzten Reden gesagt haben. Man ist sich darüber klar, daß die als notwendig bezeichnete Balancierung sich nicht nur auf das Defizit erstrecken darf, das durch die Arbeitslosenversicherung entstanden ist, sondern auch auf die übrigen Gebiete. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß das Kabinett in der Arbeitslosenfrage die Vorschläge der Versicherungsanstalt akzeptieren wird, und daß auch die Fraktionen ihnen beistimmen werden. Darüber hinaus sind aber auch in der gestrigen Kabinettssitzung noch keine festen Pläne entwickelt worden. Man kann vielmehr annehmen, daß der Reichsfinanzminister nun in der nächsten Kabinettssitzung bestimmte Vorschläge vorlegen wird.

SLUB
Wir führen Wissen.